

## Interview

### Finanzkrise: „Diese Situation wurde billigend in Kauf genommen“

#### Gespräch mit Detlev von Larcher (attac) zur heute begonnenen Bundestags-Entscheidung über das 400 Milliarden Rettungspaket

Die Bundesregierung müsse die Banken zwingen, ihre Geschäfte nachhaltig und sozial auszurichten, fordert das Bündnis attac angesichts der heute begonnenen Bundestagsdebatte über das 400-Milliarden-Rettungspaket. Der vorliegende Entwurf enthalte jedoch nichts davon, so das Bündnis, dessen Mitglieder am Mittwoch Vormittag vor dem Berliner Reichstag demonstrierten. Die „Berliner Umschau“ sprach vor Ort mit detlev von Larcher vom attac-Koordinierungsrat.



*Eine bedingungslose Unterstützung der Banken wirft das Bündnis attac der Bundesregierung vor  
Bild: Martin Müller-Mertens*

*Berliner Umschau: Der Bundestag berät ab heute im beschleunigten Verfahren über das 400 Milliarden-Rettungspaket für die deutschen Banken. Attac demonstriert hier vor dem Reichstag gegen dieses Vorhaben. Weshalb sind Sie dagegen?*

Detlev von Larcher: Wir sind nicht gegen ein Rettungspaket, sondern gegen dieses Rettungspaket ohne Bedingungen. Man kann aus dem Gesetzentwurf nicht ersehen, daß der Bund, wenn er denn wahnsinnig viel Geld zur Verfügung stellt, wirklich Einfluß auf das Geschäftsgebahren der Banken nimmt. Auch auf die Honorare der Spitzenmanager, aber vor allem auf das Geschäftsgebahren. Wir sagen: wenn man jetzt so viel Geld zur Verfügung stellt dann nicht, ohne wirklich konkrete Schritte hin zu einem anderen Finanzmarktsystem zu unternehmen. Die Kanzlerin sagt zwar, es wäre der erste Schritt, man sieht aber nichts von einem ersten Schritt in die Richtung eines neuen Systems. '

*B.U.: Wie sollte dieses neue System denn aussehen?*

D.v.L.: Zunächst mal sollen die Produkte, die auf dem Finanzmarkt gehandelt werden, wirklich einer gründlichen Überprüfung unterzogen und nur dann zugelassen werden, wenn sie dem Allgemeinwohl und nicht der Spekulation dienen. Die ganzen giftigen Papiere müssen verboten werden, Hedgefonds und Private Equity müssen verboten werden. Die Hedgefonds sind ja diejenigen, die wahnsinnig viel Geld gesammelt und damit rumspekuliert haben wie in einem Spielkasino. Das hat uns diese Malaise gebracht. Banken, Hedgefonds und Private Equity haben praktisch diese Geschichte verursacht. Aber die eigentliche Ursache – deshalb fanden wir es etwas pervers, daß der Bundespräsident die Banker aufgefordert hat, sich zu entschuldigen – ist die Politik. Dadurch, daß sie die Märkte derart liberalisiert, dereguliert hat, war es praktisch eine Einladung solche Dinge zu machen, wie sie auf den

Finanzmärkten gelaufen sind. Daß die Banker und die Berater in den Banken – zum Teil gegenüber ihren Kunden, die jetzt um ihre Ersparnisse gebracht worden sind - sich so verhalten, ist kein Wunder, wenn man praktisch das System so macht. Wenn man also von den Kundenberatern der Banken verlangt, daß sie eigentlich nicht beraten, sondern verkaufen, nämlich ihnen die Stückzahlen und Handelsobjekte vorgibt und auffordert, beispielsweise so und so viel von Hypo zu verkaufen, dann machen die das. Dann sind es jedoch keine Berater mehr, sondern Verkäufer. Und jedem Verkäufer gegenüber, der zu mir kommt um mir etwas aufzuschwatzen, dem gegenüber werde ich mißtrauisch. Aber zu den Banken hatte man bisher Vertrauen, das dürfte hoffentlich jetzt auch erledigt sein.

*B.U.: Sie sagen, das System ist so gestaltet worden. Würden Sie so weit gehen, daß die jetzt zu spürenden Folgen billigend in Kauf genommen wurden?*

D.v.L.: Das muß man so sagen, denn es war schon vor vier Jahren voraussehbar, daß es darauf zuläuft. Attac hat schon bei seiner Gründung davor gewarnt, daß die Finanzmarktkräfte und der Finanzkapitalismus so, wie er funktioniert, für die Allgemeinheit schlecht und nur für wenige gut ist. Die Politik wußte es mindestens seit vier Jahren. Damals gab es schon angesehene, von der Politik angesehene Institutionen – nicht so wie attac, die verlacht worden sind – die davor gewarnt haben. Kann man nachweisen.

*B.U.: Die Kanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung heute morgen gesagt, das jetzige Rettungspaket mußte so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. In zwei Tagen. Sehen Sie dies als Ausrede, eben keine größeren Auflagen mit zu vereinbaren, oder etwa Aktien mit Stimmrecht von den Banken zu übernehmen. Bislang sind ja offenbar nur stimmrechtslose Vorzugsaktien in Planung.*

D.v.L.: Also wir sagen: wenn Geld, dann Einfluß und Einfluß bekommt man als Aktionär. Wir fordern die Verstaatlichung der Banken, denen man hilft. Die Ausrede ist nicht, daß so schnell gehandelt werden muß. Wahrscheinlich hätte schon vorher gehandelt werden müssen. Noch viel früher hätten die Finanzmärkte reorganisiert werden müssen. Die Ausrede jetzt ist: alles weitere, was wir jetzt machen wollen und sollen, müssen wir auf europäischer Ebene machen, müssen wir weltweit machen und die anderen wollen nicht. Das sind nun wirklich Ausreden, die wir immer schon gehört haben. Damit finden wir uns nicht mehr ab.

*B.U.: Die Bundesregierung will nun die Länder mit 35 Prozent an dem Rettungspaket beteiligen. Die wollen natürlich nicht. Berlins Finanzsenator Sarrazin will die Landesbürgschaft für den Bankenskandal angerechnet wissen, Brandenburg beklagt, daß Geld nicht zu haben. Wie bewerten Sie diesen sofort begonnenen Streit, nachdem sich doch zunächst alle über die Notwendigkeit der Bankenrettung einig waren.*

D.v.L.: Naja, daß dieses Geschachere sofort anfängt, war zu erwarten. Das ist immer so zwischen Bund und Ländern. Die sollen kucken, wie sie das zurecht kriegen.

*Die Fragen stellte Martin Müller-Mertens*

*Veröffentlicht: 15. Oktober 2008*